

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Nr. 15

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden-N. 16, Polbeinstraße 46

Dienstag den 20. Januar 1914

Fernsprecher 21366

13. Jahrg

Die Kirchenaustrittsbewegung und die sozialdemokratische Partei

Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 17. Januar 1914 stellt und beantwortet die Frage: Wie verhält sich die sozialdemokratische Partei zu dem Austritt aus den Landeskirchen?

Das Organ der Leipziger Genossen schreibt u. a., daß Liebknecht aus politischen Gründen für den Kirchenaustritt Propaganda mache. Er wolle die Staatskirche als Organ des Staates treffen, ihr Mitglieder und damit Kirchensteuern entziehen. Die Forderung des politischen Kirchenaustritts sei ein Teil des politischen Kampfes, der das unmittelbare Aktionsgebiet der Partei bilde.

Eine politische Austrittsbewegung billigt die „Leipziger Volkszeitung“ nicht. Das heutige Proletariat hätte unendlich wirksamere Kampfmethoden, es fände seine Kraft in der Klarheit seiner Ziele und brauche solche Seitenwege nicht. Die Konsequenz wäre, daß die noch religiös gesinnten Ausgetretenen zur Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse eine freie Kirche gründen müßten, beziehungsweise wäre es Pflicht der Partei, das zu tun, was aber widersinnig und unpraktisch wäre. Es würde die Arbeiter auf den überwindenen Standpunkt der Religion aufmerksam machen und von den großen entscheidenden Kämpfen der Gesellschaft ablenken. Die Partei müßte sich bei der Bewegung zurückhalten und Neutralität bewahren.

Die sonst so klare, „scharflichtige“ „Leipziger Volkszeitung“ ist bei ihrer Ausführungen nicht ganz klar. Wenn ein in der Partei so angesehenes Genosse wie Liebknecht die Forderung der proletarischen Kirchenaustrittsbewegung aus politischen Gründen übernommen hat, warum legt ihm die Partei, wenn es ganz und gar zu ihrer Sache gehört, nicht das Handwerk? Warum nimmt sie ihren Genossen Söhne, der auf klare Entscheidung der Genossen in allen religiösen und kirchlichen Angelegenheiten drängt, nicht beiseite und legt auch ihm das Handwerk? Die Partei ist doch sonst nicht so zimperlich! Uns scheint, der langen Rede kurzer Sinn ist: Macht, was ihr wollt, aber laßt die Partei, der programmatische Religion Privatfache sein soll, aus dem Spiele, sonst blamiert ihr uns und euch. Die ganzen Ausführungen dürften nur gemacht sein, um die berühmte oder besser berüchtigte „Privatfache“ des Erfurter Programms zu retten.

Bemerkenswert an den Worten der „Leipziger Volkszeitung“ ist noch die darin ausgesprochene Ansicht des Genossen Söhne, daß der Kirchenaustritt sehr wahrscheinlich zu einer Massenerscheinung werden würde. Interessant ist ferner das Geständnis: Nur bei einer Minderheit der Genossen handle es sich um bewusste Einsicht, daß die weltliche Erkenntnis der Welt keinen Raum für das Uebernatürliche ließe, bei den übrigen käme die Religion außer Praxis und erfüllte allmählich. Man solle dem Prozeß seinen Lauf lassen. Die Sozialdemokratie halte es mit Engels: Nicht gegen die Religion, sondern fertig mit der Religion. Als „eine gewaltige Macht der heutigen Ordnung“ käme nur die katholische Kirche in Frage, sie wäre „als selbständige Macht ebenbürtig neben dem Staate“. Die protestantischen Landeskirchen wären lediglich ein „fader Abfall“... ihrer jetzt verwurzelt organisierten Kraft.

Wie verhält sich die sozialdemokratische Partei zu dem Austritt aus den Landeskirchen? Die „Leipziger Volkszeitung“ antwortet: „Neutral!“

Wir glauben nicht an die Ehrlichkeit dieser Antwort. Vor uns liegen die „Lichtstrahlen“ („Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter“). Im Januarheft von 1914 lesen wir S. 9 in einem Aufsatz: „Die Religion im Klassenkampf“, die Kirche sei „Staatskirche“ geworden. „Sie bewahrt sich als „staatsbehaltende“ Macht, die mithilft, die Herrschaft des Kapitals, die Herrschaft des Reichstums zu erhalten und zu schärfen... Zu einer Waffe im Klassenkampf hat man so die Religion gemacht.“ — Wenn eine Bewegung einsetzt, die Kirche, den ausgesprochenen Feind des Proletariats, zu entkräften und zu entvölkern, wie kann da der Sozialismus „neutral“ bleiben?

Eine neue Verwaltungspolitik in Spanien

Der konservative Ministerpräsident Dato in Spanien hat während seiner kurzen Amtstätigkeit einen schönen Erfolg errungen. Was seinen Vorgängern, dem radikalen Herrn Canalejas und dessen Nachfolger und Nachahmer Graf Romanones trotz vieler Mühe nicht gelungen war, fiel dem besonnenen und klug die Chancen ausnützendem Herrn Dato sozusagen als reife Frucht in den Schoß: das kommunale und provinzielle Selbstverwaltungsrecht der

einzelnen Städte und Provinzen. Damit wurde ein großer bedeutungsvoller Schritt vorwärts in der Modernisierung des etwas schwerfälligen spanischen Verwaltungskörpers getan. Spanien hatte bisher an dem ähnlichen Grundübel zu leiden, wie noch heute Frankreich: Frankreich ist Paris und Paris ist Frankreich, genau so war es in Spanien, das sich in seinem ganzen Wesen und Streben in Madrid zentralisierte. Es liegt auf der Hand, daß die Konzentrationswirkungen dieses imperialistischen Systems für ein Land, das von verschiedenartigen Volksstämmen bewohnt ist, mit der fortschreitenden Zeit zu Unzulänglichkeiten führen mußte. Man kann aus einem Katalonier keinen Andalusier machen, aus einem Aragonier keinen Galizier; genau so wenig, wie man beispielsweise in unserm Vaterlande aus einem sächsischen Bundesstaate ein norddeutsches Preußen machen könnte. Dieser Grundgedanke war es, der Herrn Dato zur energischen Durchführung der spanischen Verwaltungsreform veranlaßte. Freilich ging das nicht so einfach. Da die Cortes, die inzwischen aufgelöst worden sind, eine liberale Majorität hatten und aus diesem Grunde Neuwahlen nötig wurden, konnte Dato natürlich nicht daran denken, die Angelegenheit zunächst wenigstens dem Parlament anzuvertrauen. Er durchschnitt kurz entschlossen den gordischen Knoten und veranlaßte ohne weiteres ein königliches Dekret, durch das die kommunalen und provinziellen Verwaltungen ermächtigt werden, unter der Kontrolle des Staates „Zweckverbände“ zu bilden, welche die Regelung gemeinschaftlicher Verwaltungsmassregeln zum Ziele haben. Das auf diesem Verordnungswege erwirkte Selbstverwaltungsrecht wird voraussichtlich nur günstige Folgen haben, es wird die Zentralverwaltungen entlasten und die Lokalverwaltungen verbessern. Selbstverständlich wird Herr Dato sich nachträglich durch eine Indemnitätbill die Zustimmung des Parlaments holen müssen; daß er sie bekommen wird, unterliegt kaum einem Zweifel. Zunächst dürfte wohl allen Parteien des Parlaments die Zweckmäßigkeit dieser Reform ohne weiteres einleuchten; dann aber läßt sich der Weg leicht, wenn er vorher erst lange betragt und um seine Zustimmung ersucht wird, durch eine Politik der vollbrachten Tatsachen gewaltig imponieren. Einige Madrider Blätter jammern nun schon heute über diese Reform, in der sie eine Gefahr für die Einheit des Reiches erblicken wollen, eine Befürchtung, die glücklicherweise von der großen Mehrheit des Landes nicht geteilt zu werden scheint. Die Wirkung des neuen Gesetzes macht sich bereits fühlbar. Vor einigen Tagen sind in Barcelona Delegierte der katalonischen Provinzen zusammengetreten und haben in einer großen Versammlung die Statuten des katalonischen Zweckverbandes festgesetzt. In dieser Versammlung herrschte große patriotische Begeisterung und ungekünstelte Freude über das neue Selbstverwaltungsrecht. Der Vorstehende der Versammlung erklärte in einer Ansprache, die Bewilligung dieses Rechtes sei ein fester Kitt für die Reichseinheit, Katalonien fühle erst jetzt ohne Vorbehalt seine Zugehörigkeit zum spanischen Staat. Man darf diese Kundgebung als eine günstige Perspektive in die Zukunft des spanischen Staates betrachten. Der Gedanke der Selbstverwaltung wird zweifellos in allen Teilen des Landes recht bald festen Grund und Boden gewinnen, da die längst nötige Dezentralisation in Spanien endlich einmal zur Tat wird. Es ist falsch, wenn behauptet wird, das spanische Volk sei nicht reif für die kommunale und provinzielle Selbstverwaltung. Das war und ist müßiges Gerede diktatorisch veranlagter sogenannter liberaler Elemente. Daß ein konservatives Ministerium diese Erneuerung einführte und dadurch dem spanischen Volke mehr als bisher die Anteilnahme an den Regierungsgeschäften ermöglichte, ist die erfreuliche Tatsache, die auf das Konto des alten staats-erhaltenden Gedankens gesetzt werden darf.

Reichstagsverhandlungen

(194. Sitzung vom 19. Januar 1914. Eröffnung 2 1/2 Uhr.)

Etat des Reichsamtes des Innern.

Zunächst wird ein Antrag des Abg. Bassermann (Natl.), den am Sonnabend gefassten Beschluß, die Diskussion nach Materien zu scheiden, wieder aufzuheben, nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte einstimmig angenommen.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Ztr.): Die deutsche Volkswirtschaft steht am Beginn einer wirtschaftlichen Depression und es drängt sich die Frage nach der Dauer und Intensität derselben auf. Es handelt sich dabei um eine Krise des internationalen Weltmarktes, die bis 1912 zurückgreift. Für Deutschland und die übrigen Staaten kommt noch als nationales Moment hinzu, daß durch die Festslegung der Goldvorräte für den Kriegsfall das Gold nicht nur teurer wird,

sondern an manchen Stellen überhaupt nicht mehr zu haben ist, und dadurch manche Existenzen vernichtet oder erheblich geschädigt wurde. So ist die wirtschaftliche Depression des Weltmarktes eine der unangenehmsten Folgeerscheinungen der starken Kräftungen der letzten Zeit. Von schlimmstem Einfluß für die Gesundung des Kapitalmarktes ist die wahre Sintflut von Kommunalanleihen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Hier müssen die Sonderinteressen im Interesse des Gemeinwohles zurückgedrängt werden. Auch bei den auswärtigen Anleihen der nächsten Zeit, besonders der Balkanstaaten, gilt gleichfalls der Satz: „Zurückhaltung auf der ganzen Linie.“ Die Uebernahme der rumänischen Anleihe im Betrage von 300 Millionen von der Diskontogesellschaft findet ausnahmsweise unsere Billigung, da sie einer erheblichen Steigerung der deutschen Einfuhr nach Rumänien, die ja schon diejenige aller anderen Staaten übertrifft, zugute kommt. Eine Gesundung der deutschen Volkswirtschaft kann nur geschehen, wenn der deutsche Kapitalmarkt gesundet, und das ist nur möglich, wenn er auf Jahre hinaus gesont wird. (Beifall im Zentrum.) Das Jahr 1913 mit seiner infolge der befriedigenden Ernte außerordentlich starken Vermehrung des deutschen Viehbestandes hat bestätigt, daß der Rückgang der beiden vorausgegangenen Jahre nicht auf unsere Wirtschafts- und Zollpolitik, sondern lediglich auf die Dürre 1911 und die Risse 1912 zurückzuführen war. Auch die Theorie ist damit widerlegt, daß auch die Fleischpreise und Preise für landwirtschaftliche Produkte fortgesetzt steigen würden. Das günstige Ergebnis des Außenhandels gibt der Regierung einen Wink, die Exportfähigkeit und den Exportwillen der Fertigungsindustrie mehr wie bisher zu stützen. Die Preispolitik der Rohstoffverbände, insbesondere des Kohlenyndikats ist eine der schlimmsten Hemmnisse. Bei dieser Gelegenheit wünsche ich, daß die Regierung diesmal für einen Anstieg des realen Zinses an das Kohlenyndikat zu ähnlichen Bedingungen wie das vorige Mal nicht zu haben ist. (Beifall.) Wir müssen bei der künftigen Gestaltung unseres Zolltarifs ernstlich nach Mitteln und Wegen suchen, um zu erreichen, daß unsere Schutzzölle nicht nur den Rohstoffverbänden, sondern auch der Fertigungsindustrie zugute kommen und nicht zur Belastung der Fertigungsindustrie benutzt werden. (Beifall.) Unseres Erachtens müßte sich die Reichsregierung das nötige Maß von Aufsichtsrechten gegenüber den Kartellen und Privatmonopolen sichern, um etwaige gemeinschaftliche Beschlüsse derselben zu verhindern oder doch wenigstens rechtzeitig durch Akte der Gesetzgebung oder durch wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen zu paralysieren. Wir müssen vor allem unsere handelspolitischen Beziehungen zu allen Staaten erweitern. Wir erwarten von den neuen amerikanischen Zolltarifen eine Erleichterung für unseren Export, und die Zollschranken dort wie auch in Frankreich und Australien müssen verschwinden. Eine durchgreifende Aktion der Regierung gegenüber den Vorständen in Mexiko ist notwendig.

Abg. Steinath (Natl.) hält die Kartelle für eine notwendige Erscheinung des heutigen Wirtschaftens, weil durch sie unsere Volkswirtschaft eine größere Festigkeit erhält, verurteilt aber auch ihre Auswüchse. An der sozialen Politik habe Deutschland große Fortschritte gemacht. Die Landwirtschaft sei allmählich in eine etwas günstigere Lage gekommen und habe gezeigt, daß sie den inländischen Konsum im wesentlichen decken könne. Seine Partei halte an der Zoll- und Wirtschaftspolitik fest. (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Gräfe (Natl.) erklärt gegenüber dem Abg. Schmidt-Berlin, daß die Monopolisten nicht den Schluß der Sozialpolitik fordern, sondern Pedanten gegen ein übertriebenes Tempo, gegen eine schematische Einseitigkeit im Ausbau dieser Gesetzgebung hätten. Eine Uebertragung des Koalitionsrechtes auf die Landarbeiter hält er für sehr bedenklich und tritt für einen erhöhten Schutz der Arbeitswilligen ein. Ueber die Formulierung dieses konservativen Auftrages ließe sich noch sprechen. Er verlangt eine Regelung des Jugabewesens und des Konsumvereinswesens.

Abg. Börsch (Natl.) befaßt sich über die Einschränkung der persönlichen bürgerlichen Freiheit des Arbeiters im oberirdischen Kohlenrevier und wünscht eine energische Fortsetzung unserer Sozialpolitik.

Dienstag 1 Uhr pünktlich: Fortsetzung.
Schluß nach 6 Uhr.

Sächsischer Landtag

Dresden, den 19. Januar 1914

Die Zweite Kammer verabschiedete heute zunächst in einer kurzen Nachmittags-Sitzung den Gesetzentwurf über die Zwangsvollstreckung gegen den Fiskus, der bereits die Sanktion der Ersten Kammer gefunden hatte. Die beiden nationalliberalen Abgeordneten Rechtsanwalt Kaiser und Rechtsanwalt Dr. Köpcke äußerten jedoch mehrfache Be-